

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
1	RWSU	Budget	SUE	280_Amt_für_Erwa chsenen_und_Kind esschutz	Der Globalkredit ist um Fr. 56'044.- für den Beitrag der Stadt Bern an das Gewaltpräventionsprojekt «Tür an Tür» im Jahr 2027 zu erhöhen.	Häusliche Gewalt nimmt zu. In der Schweiz sind bis Juli 2026 17 Femizide zu betrauern. Das Projekt „Tür an Tür“ sensibilisiert Nachbarschaften, stärkt die Handlungskompetenzen und erleichtert den Zugang zu Fachstellen. Es hat bereits nachweisbare Erfolge in Bümpliz/Bethlehem erzielt und wird seit 2024 in Kirchenfeld/Schosshalde fortgeführt. Die 56'044 stellen sicher, dass 150 Stellenprozente nicht abgebaut werden. Die Stadt Bern soll sicherstellen, dass Gewaltprävention strategisch und dauerhaft verankert wird.
2	RWSU	Planjahr	SUE	280_Amt_für_Erwa chsenen_und_Kind esschutz	Der Globalkredit ist um Fr. 16'044.- für den Beitrag der Stadt Bern an das Gewaltpräventionsprojekt «Tür an Tür» im Jahr 2028 zu erhöhen.	Die Wirkung von «Tür an Tür» hängt stark von intensiver Präsenz und lokaler Vernetzung in den Quartieren ab. Um die langfristige Wirksamkeit von «Tür an Tür» zu gewährleisten, braucht es eine vorausschauende Sicherung der personellen Ressourcen. Nur so können nachhaltige Strukturen aufgebaut, mehr Quartiere erreicht und eine Kultur des aktiven Eingreifens gefördert werden. Die Stadt Bern soll sicherstellen, dass Gewaltprävention strategisch und dauerhaft verankert wird.
3	RWSU	Planjahr	SUE	280_Amt_für_Erwa chsenen_und_Kind esschutz	Der Globalkredit ist um Fr.166'044.- für den Beitrag der Stadt Bern an das Gewaltpräventionsprojekt «Tür an Tür» in den Jahren 2029-2030 zu erhöhen.	Die Wirkung von «Tür an Tür» hängt stark von intensiver Präsenz und lokaler Vernetzung in den Quartieren ab. Um die langfristige Wirksamkeit von «Tür an Tür» zu gewährleisten, braucht es eine vorausschauende Sicherung der personellen Ressourcen. Nur so können nachhaltige Strukturen aufgebaut, mehr Quartiere erreicht und eine Kultur des aktiven Eingreifens gefördert werden. Die Stadt Bern soll sicherstellen, dass Gewaltprävention strategisch und dauerhaft verankert wird.
4	RWSU-Minderheit	Budget	SUE	230_Polizeiinspekto	Der Globalkredit ist um Fr. 1'600'000.- d.h. um die Erhöhung der Gebühr der Anwohnerparkkarten zu reduzieren.	Solange die rechtliche Situation nicht geklärt ist, sollen die entsprechenden Mehreinnahmen nicht budgetiert werden. Der Gemeinderat selbst bestätigt im APF s. 26, dass dieser Beträge (1.6 Mio) im Budget unsicher sind.
5	RWSU	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	In den Planjahren 2028-2030 sind die Finanzmittel einzustellen, die zur Umsetzung der in der Energie- und Klimastrategie 2035 vorgesehenen Massnahmen benötigt werden. Auf eine Reduktion der finanziellen Mittel im Rahmen der "Aufgaben-Priorisierung" ist in den Planjahren 2028-2030 zu verzichten.	Die in der Energie- und Klimastrategie 2035 aufgeführten Massnahmen basieren auf wissenschaftlichen Berechnungen und sind auf die Zielsetzung ausgerichtet. Eine Kürzung der finanziellen Mittel hat zur Folge, dass diese Zielwerte verfehlt werden und die Stadt Bern de facto die Klimaziele über Bord wirft, die im Klimareglement verankert worden sind.
6	RWSU-Minderheit	Budget	SUE	280_Amt_für_Erwa chsenen_und_Kind esschutz	Im Budget 2027 sind 300'000 CHF für 5 FTE einzustellen, um die angespannte Personalsituation im Erwachsenenschutz und die hohe Fallbelastung pro Mitarbeiter*in zu entschärfen.	Im Erwachsenenschutz besteht weiterhin eine strukturelle Unterbesetzung, die zur Folge hat, dass die Fallbelastung pro Mitarbeitende deutlich über den Empfehlungen der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) liegen. Verschärfend kommt hinzu, dass den Berufsbeistandspersonen faktisch nur noch komplexe Fälle (z.B. Personen mit schweren psychischen Beeinträchtigungen, Aggressionspotential, komplexe persönliche oder finanzielle Verhältnisse etc.) übertragen werden und die Fallbelastung mit der demografischen Entwicklung (z.B. Demenzkranke ohne Angehörige) weiter ansteigen wird. Die Stadt Bern setzt sich mit anderen Gemeinden dafür ein, dass die kantonale Abgeltung der zunehmenden Komplexität angepasst wird. Bis dahin braucht es aber Sofortmassnahmen, da die Unterbesetzung zu einer sehr hohen Arbeitsbelastung und Ausfällen bei den Mitarbeitenden führt. Die fehlenden Ressourcen müssen aktuell durch Aufträge an externe Stellen kompensiert werden – was personal- und finanzpolitisch unsinnig ist. Nur mit einer Aufstockung kann die Stadt Bern ihrem Anspruch als verantwortungsvolle Arbeitgeberin mit fairen Anstellungsbedingungen

7	RWSU-Minderheit	Planjahr	SUE	280_Amt_für_Erwa chsenen_und_Kind esschutz	In den Planjahren sind 600'000 CHF für 5 FTE einzustellen, um die angespannte Personalsituation im Erwachsenenschutz und die hohe Fallbelastung pro Mitarbeiter*in zu entschärfen.	Im Erwachsenenschutz besteht weiterhin eine strukturelle Unterbesetzung, die zur Folge hat, dass die Fallbelastung pro Mitarbeitende deutlich über den Empfehlungen der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) liegen. Verschärfend kommt hinzu, dass den Berufsbeistandspersonen faktisch nur noch komplexe Fälle (z.B. Personen mit schweren psychischen Beeinträchtigungen, Aggressionspotential, komplexe persönliche oder finanzielle Verhältnisse etc.) übertragen werden und die Fallbelastung mit der demografischen Entwicklung (z.B. Demenzerkrankte ohne Angehörige) weiter ansteigen wird. Die Stadt Bern setzt sich mit anderen Gemeinden dafür ein, dass die kantonale Abgeltung der zunehmenden Komplexität angepasst wird. Bis dahin braucht es aber Sofortmassnahmen, da die Unterbesetzung zu einer sehr hohen Arbeitsbelastung und Ausfällen bei den Mitarbeitenden führt. Die fehlenden Ressourcen müssen aktuell durch Aufträge an externe Stellen kompensiert werden – was personal- und finanzpolitisch unsinnig ist. Nur mit einer Aufstockung kann die Stadt Bern ihrem Anspruch als verantwortungsvolle Arbeitgeberin mit fairen Anstellungsbedingungen gerecht werden.
8	RWSU-Minderheit	Planjahr	SUE	280_Amt_für_Erwa chsenen_und_Kind esschutz	Beim Kinderschutz und Erwachsenenschutz wird an den bisherigen Leistungsindikatoren festgehalten und die angestrebte Reduktion der Fallbelastung pro Mitarbeitende – wie im AFP 2026-2028 – im Budget 2027 und den Planjahren 2028-2030 auf folgende Fallzahlen festgelegt: - Kinderschutz, Soziale Arbeit: 50 Fälle pro Mitarbeitende - Erwachsenenschutz, Soziale Arbeit: 60 Fälle pro Mitarbeitende - Kinderschutz, Administration: 230 Fälle pro Mitarbeitende - Erwachsenenschutz, Administration: 60 Fälle pro Mitarbeitende	Die bisherigen Fallzahlen im Leistungsindikator entsprechen den Empfehlungen der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES). Diese haben als fachliche Standards zum Ziel, die Unterstützung für schutzbedürftige Personen in vulnerablen Situationen zu verbessern und tragen mit dazu bei, dass die Stadt Bern ihrem Anspruch als verantwortungsvolle Arbeitgeberin mit fairen Anstellungsbedingungen gerecht wird.
9	RWSU	Budget	SUE	220_Amt_für_Umw eltschutz	Für die Umsetzung des neuen Massnahmenblatts «EGG-10: Förderung Photovoltaik» der 2025 vom Stadtrat verabschiedeten Energie- und Klimastrategie 2035 werden im Budget 2027 75'000 CHF für 1 FTE eingestellt.	Der Solarausbau ist ein zentraler Hebel für die Klima- und Energiewende. Im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton Bern weist die Stadt Bern beim Ausbau der Photovoltaik einen sehr tiefen Anteil auf und hat entsprechend grossen Aufholbedarf. Zusätzliche Personalressourcen sollen insbesondere den direkten Kontakt mit grösseren Liegenschaftsverwaltungen ermöglichen und diese gezielt beim Ausbau von Photovoltaikanlagen unterstützen. Damit kann mit vergleichsweise geringem <u>Ressourceneinsatz ein grosser Hebel für den Solarausbau in der Stadt Bern genutzt werden.</u>
10	RWSU	Planjahr	SUE	220_Amt_für_Umw eltschutz	Für die Umsetzung des neuen Massnahmenblatts «EGG-10: Förderung Photovoltaik» der 2025 vom Stadtrat verabschiedeten Energie- und Klimastrategie 2035 werden in den Planjahren 2028-2030 150'000 CHF für 1 FTE eingestellt.	Der Solarausbau ist ein zentraler Hebel für die Klima- und Energiewende. Im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton Bern weist die Stadt Bern beim Ausbau der Photovoltaik einen sehr tiefen Anteil auf und hat entsprechend grossen Aufholbedarf. Zusätzliche Personalressourcen sollen insbesondere den direkten Kontakt mit grösseren Liegenschaftsverwaltungen ermöglichen und diese gezielt beim Ausbau von Photovoltaikanlagen unterstützen. Damit kann mit vergleichsweise geringem <u>Ressourceneinsatz ein grosser Hebel für den Solarausbau in der Stadt Bern genutzt werden.</u>
13	RWSU	Budget	SUE	220_Amt_für_Umw eltschutz	Der Globalkredit des Amtes für Umweltschutz wird im Budget 2027 um 40'000 Franken erhöht. Die Mittel sind für die Weiterführung der Solaroffensive einzusetzen.	Der Ausbau der Photovoltaik wird im AFP als Schwerpunkt der Energie- und Klimapolitik bezeichnet. Gleichzeitig wird die Solaroffensive im Rahmen der internen Priorisierung um 40 000 Franken gekürzt, und die neue PV-Massnahme EGG-10 kann mangels Ressourcen nur teilweise umgesetzt werden. Die Kürzung steht damit im Widerspruch zu den erklärten Klimazielen der Stadt.
14	RWSU	Planjahr	SUE	220_Amt_für_Umw eltschutz	Die Mittel für die Solaroffensive sind in den Planjahren 2028–2030 mindestens im bisherigen Umfang weiterzuführen und gegenüber der im Budget 2027 vorgenommenen Kürzung um CHF 40'000 wieder aufzustocken.	Der Ausbau der Photovoltaik wird im AFP als Schwerpunkt der Energie- und Klimapolitik bezeichnet. Gleichzeitig wird die Solaroffensive im Rahmen der internen Priorisierung um 40 000 Franken gekürzt, und die neue PV-Massnahme EGG-10 kann mangels Ressourcen nur teilweise umgesetzt werden. Die Kürzung steht damit im Widerspruch zu den erklärten Klimazielen der Stadt.

15	RWSU-Minderheit	Budget	SUE	200_Direktionsstab sdienste_SUE	Das Budget ist um Fr. 81'254 zu erhöhen.	Auf die Streichung des Betriebs der Taubenschläge ist zu verzichten. Das Taubenmanagement der Stadt Bern basiert auf einem weltweit pionierhaften Konzept zur artgerechten Reduktion des Taubenbestands von rund 10'000 auf 1'000 Tiere. Der geplante Leistungsabbau würde bedeuten, dass die Hälfte der acht Taubenschläge nicht mehr betreut würden. Das würde den Erfolg des gut ausbalancierten Konzepts gefährden und mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer erneuten, starken Zunahme der Taubenpopulation führen. Zudem ist ein wirksames Taubenmanagement kostengünstiger als der zusätzliche Reinigungsaufwand, der bei einer zu hohen Taubenpopulation
17	RWSU-Minderheit	Planjahr	SUE	200_Direktionsstab sdienste_SUE	Das Budget ist in den Planjahren 2028-2030 um Fr. 81'254 zu erhöhen.	Auf die Streichung des Betriebs der Taubenschläge ist zu verzichten. Das Taubenmanagement der Stadt Bern basiert auf einem weltweit pionierhaften Konzept zur artgerechten Reduktion des Taubenbestands von rund 10'000 auf 1'000 Tiere. Der geplante Leistungsabbau würde bedeuten, dass die Hälfte der acht Taubenschläge nicht mehr betreut würden. Das würde den Erfolg des gut ausbalancierten Konzepts gefährden und mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer erneuten, starken Zunahme der Taubenpopulation führen. Zudem ist ein wirksames Taubenmanagement kostengünstiger als der zusätzliche Reinigungsaufwand, der bei einer zu hohen Taubenpopulation entsteht.
19	RWSU	Budget	FPI	650_Informatik_St adt_Bern	Das Budget ist um Fr. 140'000 zu erhöhen.	Die geplante Mitgliedschaft der Stadt Bern beim Netzwerk SDS (Souveräne Digitale Schweiz) ist zu begrüssen. Das ist ein wichtiger erster Schritt für eine digital souveräne Stadt Bern. Damit diese Mitgliedschaft auch Früchte trägt, ist es unerlässlich, dass Informatik Stadt Bern sich auch aktiv in diesem Netzwerk engagiert (Stichwort Pilot OpenDesk). Es braucht aus diesem Grund Ressourcen, damit die Stadt Bern den Anschluss nicht verpasst und sich auf den Weg in die digitale Unabhängigkeit macht.
20	RWSU	Planjahr	FPI	650_Informatik_St adt_Bern	Das Budget ist in den Planjahren 2028-2030 um Fr. 140'000 zu erhöhen.	Die geplante Mitgliedschaft der Stadt Bern beim Netzwerk SDS (Souveräne Digitale Schweiz) ist zu begrüssen. Das ist ein wichtiger erster Schritt für eine digital souveräne Stadt Bern. Damit diese Mitgliedschaft auch Früchte trägt, ist es unerlässlich, dass Informatik Stadt Bern sich auch aktiv in diesem Netzwerk engagiert (Stichwort Pilot OpenDesk). Es braucht aus diesem Grund Ressourcen, damit die Stadt Bern den Anschluss nicht verpasst und sich auf den Weg in die digitale Unabhängigkeit macht.

